



PRESSEMITTEILUNG

Einsatz chemischer Waffen: Die türkische Regierung gehört auf die Anklagebank

Kurdische Organisationen gehen davon aus, dass das türkische Militär seit Monaten chemische Waffen in Südkurdistan (Nordirak) einsetzt. Untermauert werden diese Meldungen durch die Organisation „Christian Peacemaker Teams (CPT)“, die seit 2002 auf irakischem Gebiet aktiv ist, um Kriegsverbrechen zu untersuchen und gewaltfreie Bewegungen und Friedensinitiativen zu unterstützen.

Am 23. April 2021 hat die Türkei mit 10.000 Soldaten die grenzüberschreitende Militäroperation „Krallenblitz“ auf irakischem Staatsgebiet eingeleitet. Angeblich richtet sich die Operation gegen die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)¹. Bombardiert wurden und werden allerdings in den Grenzregionen lebende Zivilist*innen, viele Bewohner*innen wurden aus ihren Dörfern vertrieben, an eine Rückkehr ist durch die Politik einer „verbrannten Erde“ nicht zu denken.

Nun mehren sich Hinweise, dass mit Beginn des Einmarsches der türkischen Armee in den Nordirak in drei Regionen Chemiewaffen eingesetzt werden. Berichtet wird von innerhalb kürzester Zeit verbrannten menschlichen Körpern, von einem grünlichen Gas, das einen süßlichen Geschmack im Mund hinterlässt und von einem weißlich-grauen Gas, das nach Bleichmitteln riecht.

Zahlreiche kurdische Abgeordnete, Medienschaffende, Intellektuelle, Frauenrechtler*innen und Menschenrechtsaktivist*innen aus Südkurdistan fordern die Entsendung von Expertenteams in die Region, um die Vorwürfe zum Chemiewaffen-Einsatz zu untersuchen.

Die Türkei besitzt innerhalb der NATO die zweitgrößte Armee. Sie wird keine größeren militärischen Operationen durchführen ohne ein O.K. der anderen NATO-Staaten. Aber aufgrund wirtschaftlicher und militärstrategischer Interessen verschließen die USA und die EU die Augen gegenüber den Verbrechen der Türkei.

Wenn es – wie im Falle der Einsätze chemischer Waffen in Syrien – keine Konsequenzen für die Täter hat, befürchtet die Kampagne „Peace in Kurdistan“² eine Normalisierung von verbotenen Kampfmitteln im „Nahen Osten“ und fordert daher eine sofortige politische Intervention.

**Kundgebung:
Samstag, 30. Oktober 2021, 15.00 Uhr
Europa-Galerie, Saarbrücken**

Schluss mit den völkerrechtswidrigen Besatzungskriegen der Türkei

¹ Die Türkei beruft sich auch in dieser aktuellen Boden- und Luftinvasion auf das Recht auf Selbstverteidigung. Laut eines Gutachtens des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages aus dem Jahr 2020 ist diese Rechtfertigung allerdings nicht haltbar. Vielmehr werden in dem Gutachten Zweifel daran geäußert, dass die Angriffe der türkischen Armee im Nordirak mit dem Völkerrecht vereinbar sind.

<https://www.bundestag.de/resource/blob/705826/ec1d59d7709a4dfd3c0f14cb8fea6b76/WD-2-057-20-pdf-data.pdf>

² Die 1994 gegründete Kampagnenorganisation mit Sitz in London wird von Persönlichkeiten mit internationalem Ruf wie Prof. Noam Chomsky und der Schriftstellerin Antonia Fraser unterstützt.